

Thüringen-Monitor Integration Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten

- Zusammenfassung -



**FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA**

Institut für Psychologie
Abteilung für Forschungssynthese,
Intervention, Evaluation



KOMREX

Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Zusammenfassung zum Thüringen-Monitor-Integration

Der Freistaat Thüringen setzt seit dem Jahr 2000 mit dem Thüringen-Monitor eine Langzeitstudie zur politischen Kultur um, die jährliche Entwicklungen politischer Einstellungen in der Thüringer Wahlbevölkerung untersucht. Damit ist eine deutschlandweit einmalige Datenbasis geschaffen worden, die vielfach rezipiert und nicht zuletzt für politische Entscheidungsprozesse herangezogen wird. Gleichwohl konnte der Thüringen-Monitor bislang keinerlei Aussagen über die Menschen treffen, die in den letzten Jahren aus ihren Herkunftsländern geflohen sind und in Thüringen eine neue Heimat gefunden haben. Politische Entscheidungen und gesamtgesellschaftliche Debatten mit Bezug auf die Integrationsherausforderungen und -bedürfnisse beziehen daher bisher nur selten die Einschätzungen geflüchteter Menschen mit ein. Die Thüringer Staatskanzlei und die Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen) haben vor diesem Hintergrund das KomRex (Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena damit beauftragt, die Lebenslagen, Erfahrungen und Einstellungen von Geflüchteten im Freistaat zu untersuchen. Der vorliegende Thüringen-Monitor-Integration (TMI) ist das Ergebnis dieses Auftrags. Die Analyse basiert auf einer schriftlichen Befragung von 906 Geflüchteten, die vor allem aus Syrien, Afghanistan, Irak und Iran stammen und zwischen 2013 und 2018 nach Deutschland gekommen waren. Erfasst wurden u.a. sozio-demographische Merkmale, Angaben zur Flucht, psychische Belastungen, Diskriminierungserfahrungen und Kontakte zur deutschen Bevölkerung, politische und soziale Einstellungen, Angaben zu Sprach- und Integrationskursen, die Akkulturationsorientierung, berufliche Tätigkeiten und die Ausbildung im Heimatland sowie Zukunfts- und Bleibeperspektiven in Deutschland.

Fluchterfahrungen und psychische Belastung

Der Hauptfluchtgrund für die hier befragte Gruppe war die Angst vor Krieg und Verfolgung. Ökonomische Gründe und Gründe der persönlichen Lebensgestaltung spielten in den Berichten dieser Geflüchteten eine untergeordnete Rolle. Aus den Daten zu psychischen Belastungen war erkennbar, dass sich die Situation im Heimatland, die Flucht und die Fluchterfahrungen auch in der psychischen Befindlichkeit niedergeschlagen hatten. Es wurde vor allem von internalisierenden Problemen (Heimweh, Niedergeschlagenheit, Hoffnungslosigkeit, Sorgen) mit zum Teil beträchtlichen Häufigkeiten berichtet, sodass ein erhebliches Risikopotential zur Ausbildung von klinisch relevanten psychischen Störungen zu vermuten ist. Dies unterstreicht auch die im Vergleich zur deutschen Bevölkerung deutlich verringerte

Lebenszufriedenheit. Es konnte ferner gezeigt werden, dass psychische Belastungssymptome vor allem von Post-Migrationsfaktoren wie etwa der erlebten Diskriminierung im Aufnahmeland entscheidend mit beeinflusst wurden. Angesichts dieser Situation und dem Ausmaß der berichteten Symptomaten sollten Möglichkeiten der psychologischen Betreuung und Beratung bis hin zu trauma-therapeutischen Angeboten stärker als bislang bereitgestellt werden, um Belastungen adäquat abzufangen, Chronifizierungen zu vermeiden und somit längerfristig Kosten für aufwendige Krankenbehandlungen einzusparen.

Arbeitsmarktintegration

Die Integration in den Arbeitsmarkt war für die befragten Geflüchteten von vordringlicher Bedeutung. Dieses Ergebnis legt die vorliegende Studie, ebenso wie vergleichbare Arbeiten, nahe. Die Teilnehmer*innen des Thüringen-Monitor Integration wiesen eine ausgesprochen hohe Erwerbsorientierung auf (für 87,6% ist es *wichtig oder eher wichtig in Deutschland zu arbeiten oder in Ausbildung zu sein*) und sie suchten aktiv nach einer passenden Arbeitsstelle. Dennoch steht die Integration in den Arbeitsmarkt in Deutschland erst am Anfang. Der Umstand, dass bereits 20 Prozent in Deutschland erwerbstätig waren und viele Befragte ein Praktikum bzw. eine Ausbildung absolvierten oder bereits beendet hatten, kann allerdings als Hinweis dafür gewertet werden, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Integrationsförderung Wirkung gezeigt haben. Zudem ist es möglich, dass durch die Art der Rekrutierung der vorliegenden Stichprobe (z.B. über Integrationskurse) der Anteil der bereits erwerbstätigen Geflüchteten noch unterschätzt wurde.

Unterstützungsangebote bei der Arbeitsmarktintegration

Häufig stellten mangelnde berufliche Qualifikationen und mangelnde Sprachkenntnisse zunächst unüberwindbare Hürden für eine schnelle Arbeitsmarktintegration dar. Angesichts dieser Befunde ist es vordringlich, die Unterstützung der Geflüchteten auf ihrem Weg in den Thüringer Arbeitsmarkt weiterhin zu verstärken. Dies kann die Betreuung durch die Agentur für Arbeit betreffen, die Bearbeitung von Anträgen auf Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, Angebote der Nachqualifizierung bei Teilanerkennungen beruflicher Abschlüsse oder ganz grundsätzlich die Erteilung einer Arbeitserlaubnis. Zudem bestanden offenbar Informationsdefizite. Das geäußerte hohe Bedürfnis nach Unterstützung durch die Agentur für Arbeit bei der Suche nach einer Arbeitsstelle mag ein Hinweis darauf sein, dass teils mangelnde Kenntnisse über die Beratungsmöglichkeiten vorliegen und bestehende Angebote nicht in vollem Umfang genutzt werden. Auch die Inanspruchnahmeraten von Berufs- und Arbeitsmarktberatungen deuten darauf hin, dass dieser Anteil gesteigert werden

könnte. Daneben braucht es angesichts des diversen Bildungsniveaus der Befragten zielgerichtete Maßnahmen sowohl für Personen mit niedrigen wie auch solche mit hohem Bildungsgrad und guten beruflichen Qualifikationen. Betriebliche Praktika und Ausbildungen wurden bereits von einem Drittel der Befragten absolviert und sprechen vor allem Personen mit niedrigem Bildungsniveau an. Weitere berufsvorbereitende Angebote, wie sie das Thüringer Integrationskonzept vorsieht (Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, 2017) und zum Teil bereits angeboten werden, böten eine Gelegenheit, um sowohl niedrig als auch hoch qualifizierte Personen schneller in den Thüringer Arbeitsmarkt zu integrieren.

Diskriminierungserfahrungen

Herkunftsbezogene Diskriminierungserfahrungen waren unter den befragten Geflüchteten sehr weit verbreitet. Dabei war das berichtete Diskriminierungsniveau in den Bereichen Wohnungs- und Arbeitssuche besonders hoch ausgeprägt (27 bzw. 18 Prozent berichteten von „*ziemlich starker*“ Diskriminierung). Ein großer Anteil der Befragten berichtete auch von negativen Erfahrungen im Alltag zum Beispiel durch Beschimpfungen aufgrund ihrer Herkunft oder eine als unhöflich erlebte Behandlung. Zudem berichtete mehr als jeder zehnte Befragte davon, aufgrund seiner Herkunft körperlich angegriffen worden zu sein. Diese Daten untermauern auch die Analysen der vorhergehenden Thüringen-Monitore, in denen in beträchtlichem Umfang ausländer- und migrationsfeindliche Einstellungen ermittelt wurden, die sich offenbar teilweise auch in konkretem dissozialem und kriminellen Verhalten niederschlagen. Zusammen mit den ebenfalls erfassten positiven Kontakterfahrungen geben diese Befunde offenbar jene Bandbreite von ambivalenten Alltagserfahrungen in der deutschen und thüringischen Gesellschaft wider, die sich auch im Einstellungsmuster der deutschen Bevölkerung wiederfindet. Unterstützung und Wohlwollen einerseits stehen zum Teil massiven Ablehnungserfahrungen bis hin zu diskriminierenden Einstellungen und Verhaltensweisen andererseits gegenüber.

Politische Einstellungen und Einstellungen gegenüber sozialen Gruppen

Hinsichtlich der politischen Einstellungen der Geflüchteten ergab sich ein in weiten Teilen sehr ermutigendes Bild. Die überwiegende Mehrheit der Befragten wies neben einem hohen Institutionenvertrauen (bspw. vertrauten 83,9% der Befragten der Polizei und 80,2% der Bundesregierung „*ziemlich*“ oder „*völlig*“) eine starke Unterstützung für allgemeine demokratische Werte und demokratische Prinzipien auf (79,8% hielten die Demokratie für die beste Staatsidee). Die Zustimmungsraten lagen dabei in vielen Fällen sogar über dem Niveau der deutschen Bevölkerung. Darüber hinaus ergab sich eine hohe Ablehnung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen. Diese Einstellungs-

muster waren besonders stark bei älteren und höher gebildeten Befragten ausgeprägt. Dies sind für die Integration erfreuliche Befunde, zumal sie Ergebnisse anderer Untersuchungen bestätigen.

Die Befragten äußerten Einstellungen zu unterschiedlichen sozialen Gruppen, wie sie sich in vielen Einstellungsuntersuchungen finden. Auffallend war allerdings eine besonders positive Bewertung der deutschen Bevölkerung, obwohl zugleich von häufigen Diskriminierungserfahrungen berichtet wurde. Dieses positive Bewertungsmuster zog sich durch unterschiedliche Fragen und Aussagen (z.B. zu positiven Kontakterfahrungen mit deutschen Personen), wobei möglicherweise eine Tendenz zu sozial erwünschten Antworten nicht auszuschließen ist (siehe dazu weiter unten). Auf der anderen Seite spiegelten diese Aussagen doch zumindest den Wunsch wider, sich in einem positiven Sinne mit der deutschen Bevölkerung auseinander zu setzen. Die Intensivierung von Kontakten zur deutschen Bevölkerung schien jedenfalls ein zentrales Anliegen der Befragten zu sein, wie unterschiedliche Angaben zum Beispiel zu gewünschten Inhalten der Integrationskurse verdeutlichten. Dieses prinzipiell deutlich ausgebildete Kontaktbedürfnis sollte stärker als bislang in unterschiedlichen Kontexten genutzt werden, um die Integration wirksam zu unterstützen bzw. integrationsmotivierten Personen Gelegenheiten zu bieten, sich produktiv in ihre neue Lebenswelt einzubringen. Die ernsthafte Bereitschaft, sich in unserer Gesellschaft zu engagieren und positiv beizutragen, kann vielleicht nicht bei allen, aber doch bei einem großen Teil der Befragten angenommen werden.

Antisemitische Einstellungen

Eine besondere Rolle nehmen Einstellungen gegenüber jüdischen Personen und Israel ein. Hier fanden sich deutlich geringere Sympathiewerte und eine vergleichsweise erhöhte Tendenz zu negativeren Einstellungen, auch wenn die meisten Befragten feindselige Aussagen gegenüber Israel ablehnten. Dabei deuten Vergleiche mit Daten des Thüringen-Monitors darauf hin, dass sich die Antipathien gegenüber Juden und die Ablehnung von Israel nicht wesentlich von jenen der deutschen Bevölkerung unterscheiden. Diese Einstellungsmuster resultieren mit großer Wahrscheinlichkeit auch aus der seit Jahrzehnten bestehenden Konfliktlage im Nahen Osten und dem entsprechenden Meinungsklima. Allerdings lässt sich im Lichte der Befragungsergebnisse nicht von einem Import antisemitischer und antiisraelischer Einstellungen durch Migrant*innen nach Deutschland sprechen. Gleichwohl gilt es, sowohl bei der deutschen Bevölkerung als auch bei der Gruppe der Geflüchteten, derartige Feindbilder aufzubrechen, zum Beispiel durch die aktive Ermöglichung von Begegnungen mit Menschen unterschiedlicher Religion oder vermeintlich verfeindeten Gruppen in pädagogisch begleiteten Settings.

Einstellungen zu Gleichstellung und die Rolle von Religion

In einigen Bereichen zeigten sich bei einem Teil der Befragten von der gesellschaftlichen Norm abweichende Einstellungsmuster zum Beispiel hinsichtlich der Rolle der Religion oder des Geschlechterverhältnisses. So befürworteten 12,4% der Befragten strenge religiöse Überzeugungen und 49,1% der Befragten wiesen patriarchale Einstellungen auf. Diese Haltungen waren abhängig zum Beispiel von der Religiosität und Bildungsparametern, allerdings auch vom Ausmaß der psychischen Belastung und dem Geschlecht. Solche Einstellungen stellen vermutlich eine nicht unerhebliche Hürde für eine erfolgreiche Integration dar. Individualisierung und Wertewandel in den westlichen modernen Demokratien haben zu einer Pluralisierung von Werten und Lebensweisen geführt, die zum Teil im klaren Widerspruch zu den in den Herkunftskulturen der Fluchtmigrant*innen verbreiteten traditionellen Werten und Normen stehen. Konflikte sind jeweils vor allem dann wahrscheinlich, wenn die notwendige Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher Wertvorstellungen und Lebenspraxen nicht gegeben ist, unterminiert oder sogar aktiv bekämpft wird. Hier müssen Prävention und Intervention besonderen Wert auf kulturelle Verständigung und gegenseitige Annäherung legen, um die gesellschaftliche Integration zu gewährleisten. Nachweislich wirksame Maßnahmen, die zu diesem Zweck eingesetzt werden können, liegen seit längerem vor (vgl. Beelmann & Jonas, 2009).

Akkulturationsorientierungen

Bei annähernd allen befragten Geflüchteten (92%) war die Akkulturationsperspektive überwiegend durch das Interesse an deutscher Kultur und Lebensweise, aber zugleich durch den Wunsch, die eigene Kultur beizubehalten, gekennzeichnet. Damit scheinen von Seiten der allermeisten Geflüchteten gute Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Integration in die deutsche Gesellschaft vorzuliegen. Allerdings nahm etwa die Hälfte der Befragten wahr, dass in der Thüringer Bevölkerung die Einstellung vorherrsche, Geflüchtete sollten sich an der hiesigen Kultur orientieren und ihre Herkunftskultur aufgeben. Dieser Eindruck vieler Geflüchteter scheint zutreffend zu sein, wie Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018 in nahezu gleicher Größenordnung belegten. Damit liegen bedeutsame Unterschiede zwischen den Erwartungen und Perspektiven der Geflüchteten und jenen der einheimischen Bevölkerung vor, welche eine tiefergehende Auseinandersetzung erfordern. Auf Seiten der hier Befragten bestehen jedenfalls gute bis sehr gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Die Geflüchteten hatten mehrheitlich Sprach- und Integrationskurse

besucht, verfügten zum Teil über gute Sprachkenntnisse und hatten fast durchweg das Bedürfnis, sich mit ihrer neuen Lebensumgebung positiv auseinanderzusetzen. Dazu dürfte auch eine längerfristige Bleibeabsicht beitragen, die von den meisten Befragten geäußert wurde. Auf Seiten der Aufnahmegesellschaft würde sich anbieten, auf diesen Integrationswillen stärker als bislang einzugehen, zum Beispiel indem Integrationskurse stärker auf den Alltag in Deutschland und den Kontakt zur deutschen Bevölkerung ausgerichtet werden.

Größere Integrationsherausforderungen für Frauen und jüngere Menschen

Es zeigten sich teils deutliche Geschlechterunterschiede, die darauf hinweisen, dass sich für die geflüchteten Frauen größere Integrationsherausforderungen stellen. So waren sie im Vergleich zu Männern in Thüringen seltener zivilgesellschaftlich engagiert, nahmen seltener an Sprachförder- und Integrationsmaßnahmen teil, suchten weniger häufig Beratungsangebote auf und wiesen eine geringere Arbeitsmarktbeteiligung auf. Diese Geschlechterdifferenz zeigte sich auch in anderen Befragungen Geflüchteter. Dies ist insofern bemerkenswert, als Forschungsbefunde darauf verweisen, dass die Förderung des Erwerbs grundlegender Sprachkompetenzen und Bildungsmaßnahmen insbesondere bei geflüchteten Frauen zu deutlich verbesserten Beschäftigungsergebnissen führen können (Liebig, 2018). Dieser Befund unterstreicht die Wichtigkeit, geflüchteten Frauen den Zugang zu bestehenden Angeboten in den Bereichen Beratung, Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration zu erleichtern bzw. zu ermöglichen. Darüber hinaus erscheinen gezielte Anstrengungen, weibliche Geflüchtete verstärkt in zivilgesellschaftliche Strukturen einzubinden, sinnvoll. Diese ermöglichen auch das Knüpfen neuer sozialer Kontakte. Forschungsergebnisse belegen einen engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Netzwerk (insbesondere Kontakte zu Einheimischen) und den Beschäftigungsergebnissen Geflüchteter (Liebig, 2018). Dies gilt umso mehr, als die hier befragten Frauen durchschnittlich über ein relativ hohes Bildungsniveau verfügten und zugleich ein ausgeprägtes Interesse an zivilgesellschaftlichem Engagement und an Kontakt zur einheimischen Bevölkerung aufwiesen. Sie scheinen damit sowohl für eine verstärkte Integration in die Zivilgesellschaft als auch in den Arbeitsmarkt relative günstige Ausgangsbedingungen aufzuweisen.

Unsere differentiellen Analysen haben ergeben, dass sich durchschnittlich auch bei jüngeren Erwachsenen offenbar etwas größere Integrationsherausforderungen stellen. Sie wiesen im Vergleich zu älteren Personen ein höheres Maß an psychischer Belastung auf und verfügten über geringere Resilienz und Ressourcen. Sie zeigten eine geringere Lebenszufriedenheit und blickten pessimistischer in die Zukunft. Sie berichten zwar häufiger von freundschaftlichen Kontakten zu Deutschen, zugleich

aber von mehr herkunftsbezogenen Diskriminierungserfahrungen. Besorgniserregend ist auch, dass sie (bei sehr geringer Grundrate) vergleichsweise häufiger die Akkulturationsstrategie der Separation wählten (9% bei 18-25 Jährigen gegenüber 3% bei den über 36 Jährigen), eine geringere Demokratieunterstützung aufwiesen und seltener Gewalt in familiären und partnerschaftlichen Kontexten ablehnten. Diese Befunde machen deutlich, dass gerade junge Menschen in einer schwierigen Lebenssituation und vor großen Anpassungsprozessen Unterstützung und Halt brauchen, auch weil familiäre und soziale Unterstützungssysteme (nicht mehr) oder in nicht ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Hier sind alle politischen und gesellschaftlichen Organisationen und Akteure gefordert, die Probleme junger Menschen besonders in den Blick zu nehmen, wie es zum Beispiel durch die Förderung gemeinwesenorientierter Integrationsprojekte oder das von den Landessportbünden und Sportvereinen umgesetzte Projekt „Integration durch Sport“ exemplarisch geschieht (BAMF, 2017e).

Bleibeperspektive und Zukunftsaussichten

Die meisten Befragten beurteilten ihre Flucht nach Deutschland als richtige Entscheidung und gingen von einer dauerhaften Bleibeperspektive in Deutschland aus, ob diese nun auf eigenen Wünschen oder realistischen Erwartungen beruhte. Allerdings äußerte etwa nur die Hälfte der Bleibeorientierten den Wunsch, sich dauerhaft in Thüringen niederzulassen. Die Gründe für diese vergleichsweise geringe Rate waren vielfältig. Unter den Aspekten, welche sich verändern müssten, damit sich die Befragten vorstellen können, dauerhaft in Thüringen zu leben, wurden am häufigsten soziale Kontakte mit Deutschen sowie auch infrastrukturelle Aspekte (Wohnraum, Verkehrsanbindung) genannt. Auch wenn einige Beurteilungen aufgrund mangelnder Vergleichsmöglichkeiten nicht überbewertet werden sollten, muss eine aktive Integrationspolitik derartige Einschätzungen angesichts ihrer Verbreitung gleichwohl ernst nehmen, zumal Thüringen trotz einer derzeit relativ guten Wirtschaftslage nach wie vor sinkende Bevölkerungszahlen aufweist.

Hinweise zur Forschungsmethodik

Abschließend sind einige allgemeinen Hinweise auf forschungsmethodische Aspekte dieser Untersuchung zur angemessenen Einordnung der Ergebnisse erforderlich. Zunächst ist daran zu erinnern, dass die hier befragte Gruppe ihrer Größe nach zwar eine ausreichende Generalisierungskraft aufweist, Einschränkungen hinsichtlich ihrer Repräsentativität jedoch nicht auszuschließen sind. Zwar lagen für die Verteilung von Geschlecht, Alter und Herkunft keine gravierenden Abweichungen von der angenommenen Verteilung in der Gesamtpopulation vor, dennoch sind möglicherweise auch für diese Befragung Selektionseffekte im Hinblick auf den Wohnort der

Geflüchteten sowie im Hinblick auf das im Durchschnitt recht hohe Bildungsniveau der Stichprobe gegeben. Kinder und Jugendliche wurden in dieser Untersuchung überhaupt nicht befragt; für sie stellen sich vermutlich gesonderte Probleme und weiterführende Integrationsbedürfnisse.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Erhebungsmethodik. Hier ist einerseits zu berücksichtigen, dass bei interkulturellen Befragungen und selbst bei psychometrisch konstruierten Aussagen trotz sorgfältiger Übersetzungen immer mit Verständnisproblemen und unterschiedlichen Interpretationen der Befragten zu rechnen ist. Unsere vergleichsweise geringen Ausfallraten und fehlenden Angaben sprechen jedoch dafür, dass derartige Probleme nicht übermäßig ins Gewicht fielen. Ein anderes Problem betrifft die ausschließliche Erfassung von Selbstauskünften. Die Berücksichtigung von Sichtweisen und Perspektiven der Migrant*innen auf integrationsrelevante Themen ist zwar einerseits eine besondere Stärke der vorliegenden Untersuchung. Andererseits unterliegen Selbstauskünfte auch unterschiedlichen Validitätsrisiken. Ein in schriftlichen Befragungen oder Interviews grundsätzlich nicht auszuschließender Faktor, der die verschiedenen Themenfelder in unterschiedlichem Ausmaß tangieren kann, ist die Tendenz zu sozial erwünschten Antworten. Bei wissenschaftlichen Befragungen können sozial erwünschte Antworttendenzen auftreten, wenn Befragte dazu neigen, ihre Antworten an (vermeintlichen) gesellschaftlichen Normen oder vermuteten Erwartungen der Befragter*innen auszurichten, anstatt ungefiltert ihre tatsächliche, persönliche Einstellung zum Ausdruck zu bringen. Dies ist bei den Themenbereichender vorliegenden Untersuchung sowie vor dem Hintergrund der Lebenssituation der Befragten eine mögliche Einflussgröße. Aus diesem Grund wurden zur Kontrolle von sozialer Erwünschtheit im Rahmen des Thüringen-Monitors Integration bestimmte Fragen eingesetzt, mit der systematische Verzerrungstendenzen aufgedeckt werden können. Dabei ergaben sich für die hier befragte Gruppe keine Hinweise auf ausgeprägte sozial erwünschte Antwortmuster, sodass von keinen wesentlichen Einschätzungsverzerrungen auszugehen ist. Bei der Interpretation dieses Ergebnisses bleibt jedoch zu berücksichtigen, dass die vorgelegten Aussagen in einem unterschiedlichen Maße von derartigen Verzerrungen bedroht sein können. So sind etwa die Validität der Angaben zu Zukunftserwartungen zu psychischen Problemen und Belastungssymptome vermutlich weniger stark von sozialen Einflüssen betroffen als es möglicherweise bei Fragen zu politischen und sozialen Einstellungen der Fall ist.

Die gesellschaftliche Integration einer größeren Anzahl von Geflüchteten mit teils anderen kulturellen Orientierungen ist eine herausfordernde und nicht selten generationsübergreifende Aufgabe, die sowohl von den Geflüchteten als auch von der Aufnahmegesellschaft Anstrengungen und Anpassungen verlangt. Ist man aus

humanitären Gründen gewillt, Menschen in Not zu helfen, und daran interessiert, dass Integration gelingen und positiv gestaltet werden kann, sollte man nicht denen das Feld überlassen, die sich (auf beiden Seiten) nicht an die Grundsätze einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und humanitäre Werte halten. Die Chancen auf eine gelungene Integration der Menschen, die vorwiegend vor Krieg und Verfolgung geflohen zu uns gekommen sind, stehen – zumindest was die hier befragte Gruppe angeht – in vielerlei Hinsicht gut.

Literatur

Beelmann, A. & Jonas, K. J. (2009). Diskriminierung und Toleranz. Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven. Wiesbaden: VS-Verlag.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017e). Bürgerschaftliches Engagement: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unterstützt Ihr Engagement! Abgerufen von: <http://www.bamf.de/DE/Willkommen/Engagement/engagement-node.html>

Liebig, T. (2018). Dreifach benachteiligt?: Ein erster Überblick über die Integration weiblicher Flüchtlinge. Paris: OECD Publishing. Abgerufen von: <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/FluechtlingsfrauenStudie.pdf>

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) (2017). Das Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander! Erfurt: TMMJV.

Notizen

Der vollständige Thüringen-Monitor Integration kann auf der Website der Thüringern Staatskanzlei und des KomRex als PDF-Dokument heruntergeladen werden.



Für die Autoren:

Prof. Dr. Andreas Beelmann

Dr. Franziska Schmidtke

Friedrich-Schiller-Universität Jena
KomRex- Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration
Humboldtstr. 11, 07743 Jena
<http://www.komrex.uni-jena.de/>